

Für Halle monatlich bei zweimonatlicher Lieferung 3 Reichsmark, vierteljährlich 8 Reichsmark, durch die Post 7,50 Reichsmark, einschließlich Zustellungsgebühr. Der Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im am 10. Febr. 1920...

Sozial-Zeitung

Zwanzigste Jahrgang.

Die 6 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 20 Pf. und Resten die 22 mm breite Millimeterzeile 10 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen...

Nr. 39.

Halle, Sonnabend, den 24. Januar 1920.

Einzelpreis 10 Pfg.

Holland wahrt seine nationale Würde.

Aus der holländischen Note.

Die holländische Note vom 23. Januar. In der Antwortnote auf das Ersuchen der Alliierten um die Auslieferung des vormaligen Kaisers wird die niederländische Regierung darauf hin, daß die Verhältnisse in Holland, die sich für Deutschland aus Artikel 228 des Friedensvertrages ergeben können, nicht geltend gemacht werden können und die Pflichten der Niederlande zu bestimmen, die in diesem Vertrage nicht feststehen. Die niederländische Regierung könne die durch die Forderungen der Alliierten aufgeworfene Frage nur von dem Standpunkt ihrer eigenen Pflichten betrachten. In dem vorliegenden Falle könne sie keine andere Pflicht gelten lassen als die, die ihr die Verträge des Königreiches und die nationale Tradition auferlegen. Wieder die konstituierenden Gesehe des Königreiches, nach die hundertjährige Tradition, die von jeder die Niederlande zur Zukunft aller Zeiten gemacht habe, die in internationalen Konflikten unterliegen, gestützt der niederländischen Regierung, dem Wunsch der Mächte zu willfahren und dem vormaligen Kaiser die Wohlthat dieser Gesehe und dieser Tradition zu nehmen. Das Recht, die nationale Ehre, dessen Wahrung höchste Pflicht ist, widerlegen sich dem. Das niederländische Volk dürfe das Verlangen derjenigen nicht befragen, die sich einen freien Einrichtungen anerkennen.

Hollands nationale Würde.

Die holländische Note vom 23. Januar. In der Antwortnote auf das Ersuchen der Alliierten um die Auslieferung des vormaligen Kaisers wird die niederländische Regierung darauf hin, daß die Verhältnisse in Holland, die sich für Deutschland aus Artikel 228 des Friedensvertrages ergeben können, nicht geltend gemacht werden können und die Pflichten der Niederlande zu bestimmen, die in diesem Vertrage nicht feststehen. Die niederländische Regierung könne die durch die Forderungen der Alliierten aufgeworfene Frage nur von dem Standpunkt ihrer eigenen Pflichten betrachten. In dem vorliegenden Falle könne sie keine andere Pflicht gelten lassen als die, die ihr die Verträge des Königreiches und die nationale Tradition auferlegen. Wieder die konstituierenden Gesehe des Königreiches, nach die hundertjährige Tradition, die von jeder die Niederlande zur Zukunft aller Zeiten gemacht habe, die in internationalen Konflikten unterliegen, gestützt der niederländischen Regierung, dem Wunsch der Mächte zu willfahren und dem vormaligen Kaiser die Wohlthat dieser Gesehe und dieser Tradition zu nehmen. Das Recht, die nationale Ehre, dessen Wahrung höchste Pflicht ist, widerlegen sich dem.

Die Verhandlungen mit den westlichen Arbeitern.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' berichtet, hat der Reichsarbeitsminister den Reichskommissar Seering in Münster mit der Führung der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeberverbände beauftragt und ihm eine Instruktion erteilt. In dieser Instruktion wird der Schlußpunkt angelenkt, ebenso die Einführung der letzten Stunde als Überbrücke. Dagegen ist die Gleichberechtigung als Verhandlungsbasis erklärt. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministers, der bereits kürzlich mit der Arbeitgebervereinsleitung des Ruhrgebietes über das Ruhrgebiet in Gelsenkirchen ab, begibt sich morgen wiederum nach Essen, um dort in Beratungen mit den christlichen Gewerkschaften einzutreten.

Im vierten Absatz des ominösen Artikels 227 des...

Im vierten Absatz des ominösen Artikels 227 des Schandvertrages von Versailles heißt es: 'Die Alliierten und assoziierten Mächte werden an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Beurteilung auszuliefern.' Darauf stützte sich die etwas zusammengeschmolzene Entente, als sie vor einigen Tagen die längst erwartete Note an Holland mit dem Ersuchen um Auslieferung des ehemaligen Kaisers richtete. Mit Spannung hat man der Antwort der Niederlande entgegen, die weit mehr zu entscheiden hatte, als lediglich die Frage der Auslieferung selbst. Unterwirft sich die Regierungsmänner im Haag dem brutalen Willen Lloyd Georges, der einem modernen Schloß gleich auf seinem Schein besteht, dann müßte ganz naturgemäß auch die Souveränität Hollands einen argen Stoß erleiden. Die Staatsmänner von 'ons Wilhelminette' lachten und fanden auch diesmal den Weg, Ehre und Ansehen des Landes zu wehren. Unter den schwersten Umständen konnten die Holländer die gleiche Politik während des Krieges befolgen. Und es scheint, daß die grade Sauger Politik einer festen Entschlossenheit auch jetzt den notwendigen Eindruck in Paris und London machen wird, und Lloyd George, der sich vorzeitig bereits von seinen Bundesgenossen ein Mandat für die Verteilung erteilen ließ, um sein Schauspiel im Londoner Tower kommen wird.

Entente-Druck auf Deutschland?

Karlruhe, 23. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Badische Presse erzählt von besonderer Seite aus Paris, daß selbst auch in der Entente-Druck besteht, daß die Alliierten geneigt sind, nach der Absicht Hollands, den Kaiser auszuliefern, mit allen Mitteln auf die deutsche Regierung einzuwirken, damit diese den Kaiser nach Deutschland auszuweisen lasse, wozu Holland sich bereit erklärt habe (?). Die Entente-Druck sagt hier in diesem Falle, daß die Alliierten in Deutschland die Unterstützung der Kaiser in Deutschland ebenfalls bewerkstelligen können als an irgend einem anderen Ort. Finanzmittel hierzu könnten ihnen genügend zur Verfügung.

Erhöhung der Draht- und Paketgebühren nach dem Auslande.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Vom 1. Februar ab ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sowohl die Gebühren für den Draht- als auch für den Paketverkehr nach dem Auslande wesentlich gesteigert werden. Ausfallgebühren ist wieder der Stand unserer Saluta.

Echon seit Monaten schien es sicher zu sein, daß Holland...

Echon seit Monaten schien es sicher zu sein, daß Holland jetzt bleiben würde. In den letzten Tagen bekräftigte sich dieser Eindruck nach dem Bekanntwerden jener Gutachten holländischer Juristen, die auf eine entsprechende Anfrage der Regierung erteilt worden waren. Selbst Vorgesagte, die während des Krieges immer eine deutschfeindliche Stellung eingenommen hatten, besannen sich auf den nationalen Stolz des Landes und gaben recht energig ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß von einer Auslieferung keine Rede sein könne. Mit ihrer gestern der Entente überreichten Note an die Entente hat die Regierung im Haag lediglich der Stimmung der gesamten Bevölkerung Ausdruck gegeben. Hollands Antwort sagt mit klaren Worten, daß man sich nur von dem Geschehen des Königreiches und von der nationalen Tradition lassen lassen könne. Das Land will kein Nichtstun beschaffen und keinen schändlichen Vertrauensbruch treiben. Diese männliche und stolze Antwort des westlichen Nachbarn wird überall im Deutschen Reich Freude und Genugung erregen. Denn auch in den Kreisen, die glauben, Kaiser Wilhelm als Schädling betrachten zu müssen, war es ein unergründlicher Gedanke, daß ein ehemaliges Staatsoberhaupt des Reiches vor einem fremdländischen Gerichtshof erscheinen sollte.

Die Franzosen beilehen sich mit der Rücksendung der Ge'angenen.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie von dieser wachsenden Seite berichtet wird, ist mit einer letzten Anweisung der Kriegesministeriums in kurzer Zeit zu rechnen. Die französischen Offiziere und Beamten um ihr möglichste, alle Schwierigkeiten zu beseitigen.

Generalstreik in Paris?

Milano, 23. Januar. 'Corriere' meldet aus Paris, dort sei wegen einiger Verhältnissen der Generalstreik erklärt, an welchem fast alle Arbeiter teilnahmen. Der Streik dehnt sich auf die Provinz aus.

Holland hat gegenüber den fordernden Mächten der...

Holland hat gegenüber den fordernden Mächten der Entente keinerlei Verpflichtungen. Anders liegt die Sachlage gegenüber Deutschland. Vielleicht wird die Entente jetzt unter Berufung auf Artikel 228 und 229 um so energiger bei der übrigen Auslieferungsforderung sein. Werden wir dann in ähnlicher Weise, wie es jetzt Holland getan hat, unsere nationale Würde zu wahren wissen? Kein deutscher Finger darf sich rühren, um der Entente auch nur die geringsten Helfersdienste zu leisten! Die Entente verübte schändlichste Erpressung, als sie uns mit dem Hungerkrisis drohte und die unterchristliche Zolllastung des Friedens erzwang. Wenn sich die Entente mit Gewalt in den Besitz derjenigen Persönlichkeiten setzen will, denen sie den Prozeß machen möchte, wird es in unsrer Dmnacht nicht verhindern können. Aber was wir verhindern können, ist, daß jemals eine deutsche Regierung zu Schergenendiensten ihre Hand bietet. Ein Sturm der Entrüstung würde durch das ganze Land gehen, daß ihm seine noch zu vererbende Regierung gewachsen wäre. Dieser Erkenntnis verpflichtet sich auch die Regierung nicht, deren Leiter, Reichsminister Bauer, gegenüber einem amerikanischen Professor in ähnlicher Angelegenheit trat. Herr Bauer legte diesem Journalisten, daß die Regierung schon von der Nationalversammlung danongelagt werden würde, wenn sie auch nur den Versuch machen würde, die von der Entente Beschuldigten zu arrelieren. Es würden sich, sagte Bauer weiter, dazu mehr Truppen

Gescheiterte Verhandlungen mit den Landwirten.

Berlin, 23. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen zwischen Regierung und den Landwirten, die auf eine Erleichterung der Zwangsverpflichtung unserer Ernährung hinzielen, sind laut 'L.A.' gescheitert. Reichswirtschaftsminister Schmidt lehnte jedes Zugeständnis an die Landwirtschaft ab, ver sprach aber wohlwollende Erwägung der von den Landwirten gemachten Vorschläge.

Ernte Narben in Irland.

Amsterdam, 23. Januar. Wie 'Telegraaf' aus London meldet, sind in Dublin Gerüchte über erste Narben in der irischen Stadt Turlock einetroffen. Nachden ein Polizeigant auf der Straße durch Schiffe kritisch verurteilt worden war, erlitten Polizei und Militär, die auf die Käufer Enten abgaben und mit Gewehrstoßen die Fenster einschlugen. In einigen Häusern wurden Bombagraten in Häuser geworfen. Unter der Bevölkerung der Stadt entstand infolge des zwei Stunden andauernden Feuers eine große Panik. 'Aut. Allgemeinen Handelsblatt' haben die Abgeordneten der britischen Arbeiterpartei, die sich augenblicklich in Irland aufhalten, gestern die Stadt Turlock besucht und sich die Häuser und Büros zeigen lassen, die infolge der Schießerei zerstört worden sind. Polizei und Militär werden beauftragt, die Stadt terrorisiert zu haben. Der Schaden wird auf 5000 Pfund geschätzt.

Das tschechische Programm.

Prag, 23. Januar. Ministerpräsident Husar erwiderte auf die Ausführungen des Dr. Kramarz in der Nationalversammlung, wir wollen einen tschechisch-slowakischen Staat mit tschechischem Einfluß und mit tschechigem Geiste, in dem sich die Deutschen und andere Bürger völlig zu Hause fühlen. Wenn der größte Teil der tschechischen Wähler in Wien leben wird, daß dieser Staat, tschechisch und Gleichberechtigung gegenüber allen tschechisch durchführt, dann werden sie tonale Bürger unter Republik sein. Wir haben nun ein gemeinsames Interesse, das Interesse des Staates, das über die Interessen der Partei steht. Ag. Kramar erwiderte, wenn wir gegenüber unseren deutschen Mitbürgern ungerecht sein würden, so bedrohen wir damit unsere Republik. Ich meine, das man jetzt von Jänen als von Staatsbürgern sprechen wird, die in jeder Richtung gleichberechtigt sind. Kämpfe mit den Deutschen können nicht stattfinden, weil wir dann unsere ganze Energie aufbrauchen müßten, und es könnte uns geschehen, daß sich das große Deutschland gegen uns stellt. Ich bin dafür, daß wir den Kampf mit den Deutschen um die Forderung der sozialen Gerechtigkeit und der kulturellen Entwicklung aufnehmen.

Maßnahmen gegen die kommunistische Agitation im Ruhrrevier.

Wesermünde, 23. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Morgen findet in Wesermünde eine Generalversammlung der Delegierten aller Zweigvereine des Allgemeinen Bergarbeiterverbandes statt. In dieser Versammlung werden großartige Maßnahmen beschlossen werden, um die Wirkung der unabhängigen und kommunistischen Agitation abzuwehren. Ob die Bewegung, die sich ja schließlich um die Einführung der Schöpfungsbildung, die zu einem Streik führen wird, ist noch nicht zu übersehen. Augenblicklich ist in den einzelnen Bezirken, insbesondere in Essen, nach alles ruhig, doch wird auch hier in allen Belegstellenversammlungen Anträge auf Einführung der Schöpfungsbildung eingebracht und meist einstimmig angenommen worden.

Zur Eindämmung der Börsenspekulation.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Eindämmung der Börsenspekulation hat die Regierung der Reichsbank und Reichsminister beschlossen, künftighin Devisen nur noch in Höhe von 50 Prozent des Kontenwerts, höchstens jedoch bis zu 200 Prozent zu belassen. Deulende Kredite müssen bis zum 1. Februar diesen neuen Bedingungen angepaßt werden.

Wirkungen der Schöpfungsbildung.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die ansehnliche Wirkung der Schöpfungsbildung geht ohne weiteres aus einem Vergleich hervor, der zwischen dem Förderergebnis dreier aufeinanderfolgender Monate, in denen wunter geteilt wurde (September, Oktober und November 1919) und der durchschnittlichen Ergebnisse während der Einführung der Schöpfungsbildung festgestellt wurde. In dem angegebenen Zeitraum förderte das Ruhrgebiet bei Schöpfungsbildung 916 7/8 Millionen Tonnen, während bei Schöpfungsbildung 916 7/8 Millionen Tonnen, die übrigen Bezirke etwas über eine Million Tonnen, zusammen ca. 10 1/2 Millionen Tonnen. Bei der Schöpfungsbildung um eine Stunde - also nicht bei der Schöpfungsbildung - würde sich ein monatlicher Zuwachs von ca. einer Million Tonnen, in einer Million Tonnen, in Ober-Sachsen von ca. 212 000 Tonnen, in den übrigen Reichsbezirken von ca. 125 000 Tonnen, zusammen 1 457 000 Tonnen. Da die Ein-

Zur Eindämmung der Börsenspekulation.

Berlin, 23. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Eindämmung der Börsenspekulation hat die Regierung der Reichsbank und Reichsminister beschlossen, künftighin Devisen nur noch in Höhe von 50 Prozent des Kontenwerts, höchstens jedoch bis zu 200 Prozent zu belassen. Deulende Kredite müssen bis zum 1. Februar diesen neuen Bedingungen angepaßt werden.

# Landwirtschaftsfragen in der Landesversammlung.

Die Preisfestsetzung für die an die Entente abzuliefernden Röhre. — Für und gegen die Zwangswirtschaft. — Eine Rede des holländischen Abgeordneten Dr. Schreiber.

## Preussische Landesversammlung.

12. Sitzung, 23. Januar. (104. Sitzung.) 12 Uhr mittags.

### Beantwortung kleiner Anfragen

teilt die Regierung u. a. mit, he sei bereit, dahin zu wirken, daß die Preisfestsetzung für solche Rohmaterialien, die für unseren Handel und das Handwerk unentbehrlich seien, Ausnahmeverträge erlöse, daß das neue Feuerbestimmungsgebot mangels genügender Studienmaterialien noch nicht eingeführt werden könnte, daß bei der Reichsregierung Schritte getan seien, um eine ausreichende Versorgung der Zimter mit Zuder zu veranlassen, und daß Vorbereitungen getroffen seien, um den Anstrebenden aus den abzutretenden östlichen Gebieten nötigenfalls Siedlungsland zuzuwenden.

Auf eine förmliche Anfrage von Zentrumsmittgliedern bezüglich der Preisfestsetzung für Röhre für die Entente antwortet die Regierung, daß kein Anlaß vorliege, bei der Reichsregierung die Preiserhöhung zu beantragen.

Abg. Ehlers-Grünfurt a. M. (Dem.): Die Antwort der Regierung ist auf das tiefste zu bedauern. Wenn die Landwirtschaft wegen der niedrigen Abgabepreise nicht in der Lage ist, sich andere Wülfische zu beschaffen, dann wird die Volksgelände immer geschädigt werden.

Abg. von der Liden (Dn.): Auch wir sind mit der Antwort der Regierung in keiner Weise einverstanden.

Abg. Peters-Höppner (Soz.): Die Reichsregierung für die Röhre müßte erhöht werden. Man sollte einen Teil der Röhre zunächst durch freihändlerischen Ankauf aufzubringen suchen.

Abg. Anzinger (U. S.): Bei den Ententeungen soll sich die Regierung fügen, etwa gerade solchen Zeiten, die sich politisch möglich gemacht haben, die Röhre wegzunehmen.

Abg. Eberkel (D. Vpt.): Das Reich muß am Standorte abgenommen werden, damit der Landwirt nicht auch noch das Transportrisiko zu tragen hat. Die Anpreisung ist nicht.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Konfliktfrage bei gerichtlichen Verfügungen der Beamten wegen Amtsänderungen.

Die Vorlage geht an die Rechtsausschuss. Hierauf wird die letztere abgeordnete gemeinschaftliche Beantwortung der förmlichen Anfrage über die

Verordnung der Landwirtschaft mit Rahl und Stroh und über die Zwangsvertragsverträge fortgesetzt.

Abg. Eberkel (Soz.): Wenn wir jetzt die Zwangswirtschaft aufgeben, werden die Preise völlig unerschwinglich werden.

### Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.):

Beil die Landwirtschaftsfrage geradezu eine Schicksalsfrage ist, hätte ich gewünscht, daß jedes Parteigebiet bei dieser Frage fortgefallen wäre. Wir sollten dafür lieber versuchen, zu einer gemeinsamen Lösung dieses unendlich schwierigen Problems zu kommen. Das ist jetzt für die Freigabe des Juchers entgegen, ist nur eine Konsequenz unserer Politik, die Zwangswirtschaft so schnell wie möglich aufzugeben. Wir wollen die Zwangswirtschaft nur im Augenblick aufgeben, wo uns die neue Entente zur Verfügung steht.

Bei Aufrechterhaltung der Zwangsverträge kommen wir zum Zusammenbruch.

Die Zuderproduktion ist seit 1914 von 26 Millionen Doppelzentner auf 13,4 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Die Getreideproduktion im Jahre 1919 beträgt nur so viel wie die Stroggenproduktion im Jahre 1914. Schon vor dem Kriege ernteten wir nicht so viel, wie wir zur Versorgung Deutschlands brauchten. Wir müssen unbedingt vom Ausland kaufen. Das können wir aber nicht wegen des schlechten Standes der Valuta. Die Reichsämter, die wir noch haben, müssen wir planvoller ausnützen: unsere Kohlenvorräte und unsere Landwirtschaft. Die Regierung muß

### ein großzügiges Programm aufstellen,

das alle Gebiete der Wirtschaft umfaßt. Die Kardinalfrage ist: Was können wir tun, um unsere landwirtschaftliche Produktion zu steigern? Davon hängt letzten Endes die Zukunft des deutschen Volkes ab. Wir müssen in Zukunft weniger importieren und mehr produzieren.

Deshalb darf auch die Arbeitsleistung nicht geringer werden. Das muß das deutsche Volk endlich einmal begreifen. Anstelle des Fertigfabrikates müssen wir Rohstoffe einführen, damit wir uns die Bezahlung der ausländischen Arbeitskräfte sparen können. Zur

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bedarf es erheblicher Mengen Stickstoff und Kali. In den größten Stickstoffwerken Dr. Kalsand, in Leuna, ist nun in dieser Stunde der Not ein großer Streik ausgebrochen. Es ist vaterländische Pflicht, auf die Leute einzuwirken, um unter Volk vor weiterer Not zu bewahren. (Zuruf: Internehmer!) Die Unternehmer wollen arbeiten, sie können aber nicht dafür, wenn die Bauarbeiter streiken und nur die Arbeiter in Leuna in den berühmten Sympathiestreik eintreten. Bei den streikenden Freilein ist die Landwirtschaft nicht in der Lage, künstliche Düngemittel zu kaufen. Daher müssen

### die Preise für die landwirtschaftliche Produktion unbedingte erhöht werden.

Wenn sich die Landwirtschaft immer dem Anbau anwenden, an dem sie etwas verdienen, so liegt das nicht im Interesse unserer Volksernährung. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise ist immer zu spät eingetreten. Die Landwirtschaft muß die Sicherheit haben, daß die Preise für ihre Produktion auch mit einem etwaigen Steigen der Gestehungskosten steigen. Die Kaufleute verkaufen jetzt auch immer freitreibend. Der Landwirtschaft kann jetzt der Preis vorgeschrieben werden, der in 8 Monaten maßgeblich sein soll. Bei den Landwirten besteht ein großer Widerwillen gegen die Zwangswirtschaft, weil sie an den Zwang nicht gewöhnt sind, die nur die Arbeitsfreudigkeit der Landwirte hemmt. Den Antrag Kanitz lehnen wir ab.

### Die beste Produktionspolitik ist jetzt auch die beste Konsumtenpolitik.

Dem Schlichterum kann nicht durch Maßnahmen der Regierung begegnet werden, sondern nur durch Einsicht und Zusammenhalt des ganzen Volkes. Wir müssen zu einer sittlichen Erneuerung auch im Wirtschaftsleben kommen, das Volk darf nicht dazu verleitet werden, sich täglich am Schlichthandel zu beteiligen. Mit harten Strafen ist gar nichts getan. In Polen hat man

### für Schlichter und Schlichthändler die Todesstrafe eingeführt.

Als ich kürzlich einen polnischen Landwirt befragte, wie es mit der Wirkung dieser Maßnahme hände, lächelte er und versprach mir für die nächsten Tage ein Paar Hund Butter. Wir müssen hier den Mut haben, dem Volke über unsere Situation die volle Wahrheit zu sagen. In dieser Schlichterfrage des deutschen Volkes wollen wir nicht mehr zögern und Zank machen lassen, die unler politischen Leben vergiffen. Wir wollen gemeinsame Front nehmen gegen die Not, die das ganze Volk bedroht. (Beifall.)

Abg. v. Reist (Dn.): Die Zwangswirtschaft muß, ausgenommen für Brot, Getreide und Mehl, aufgegeben werden. Eine ausreichende Zuderproduktion ist unter Beibehaltung der Zwangswirtschaft undenkbar.

Abg. Wehrhof (U. S.): Die vertriebe Politik der Regierung steigert nur die Gewinnaufsuche der Landwirte. Es bedarf einer neuen Planwirtschaft und des erwirkten Willens ihrer Durchföhrung.

Abg. Stenkel (D. Vpt.): Wer heute noch nicht einsieht, daß man die Landwirtschaft nicht zwingen kann, an dem ist Dornen und Malz verloren. Die Arbeiter lassen sich auch nicht zwingen.

Abg. Graf Kanitz (Dn.): Die Regierung hat leider nichts getan, um

### die Stimmung in Dpreußen

zu verbessern. Das Prämiengesetz ist ein Schlag ins Wasser. Die Preissteigerung wird durch die Prämien nicht gerechtfertigt. Die Reichsgetreidebehörde macht mit dem Prämienstimm ein sehr gutes Geschäft. Sie verbrennt damit 10 Mark auf den Zentner. (Zuruf: Hört.) Es ist also eine große Unwirtschaftlichkeit, die Schuld an der Brotverknöpfung der Landwirten in die Entente zu schieben. Die staatspolitischen Zummheiten der alten Regierung geben der neuen nicht das Recht, sie mitzumachen. (Zustimmung.) Mein Antrag bezüglich Dispreuhen ist heute von der Zeit überholt. Ich ziehe ihn zurück und behalte mich für später einen neuen Antrag vor.

Unterstaatssekretär Kamm teilt mit, daß die Ueberträge der Reichsgetreideverbände größtenteils der Förderung der Viehzucht zu gute kämen.

Unterstaatssekretär Peters: Wir sollten in der Ernährungsfrage alle an einer Stange hängen. In wie weit wir die Zwangswirtschaft aufheben können, wird wesentlich von der nächsten Ernte abhängen. Ein Kommissar des Eisenbahnministeriums tritt der Annahme entgegen, daß Streureuken von der obersteichischen Kohlenzuföhr abgetrennt sei. Die Beratung wird abgebrochen. Dienstag, 12 Uhr, Fortsetzung. (Schluß 7 Uhr.)

## Ausland.

### Finanzierung amerikanischer Exporte.

WTB. Amsterdam, 23. Jan. „New York Herald“ meldet aus Washington eine Anzahl amerikanischer Bankiers errichte ein Clearinghouse mit einem Kapital von 1 Milliarde Dollar für Finanzierung des Exportes nach Europa.

### Britische Lieferungen für Desterreich.

WTB. Wien, 23. Jan. Korr.-Büro. Die Staatskorrespondenz meldet: Die britische Lebensmittelkommission in Wien habe dem Staatsamt für Volksernährung mitgeteilt, daß die britische Regierung der österreichischen Antrag, zur Herbeiföhrung von Lieferungen aus der europäischen

finden, noch auch würden Truppen, falls sie sich fänden, die Gestirne durchföhren können, weil Tausende von Bewaffneten sich umble Betroffenen scharen würden, und ein Bürgerkrieg unvermeidlich wäre, wie er bisher noch nicht erlebt wurde.

Nun ist bekanntlich der Gedanke aufgetaucht, daß sich die „Besoldigten“ der Entente freiwillig stellen möchten. Auch dieser Gedanke ist für uns völlig unzulässig und unerwartet, daß sich kein verantwortlicher Staatsmann findet, der auch nur den leinsten moralischen Druck nach dieser Richtung auf die Betroffenen ausübt. Auch hier dürfen die Worte Bauers Geltung behaupten: Fände sich eine verzerrte Regierung, die einen derartigen Druck ausüben wollte, der Sturm der Entrüstung des überwiegenden Teiles des deutschen Volkes würde sie hinwegföhren. Erfreulicherweise kann jedoch auch festgestellt werden, daß man in der Berliner Regierung nicht daran denkt, einen solchen Schritt zu vollziehen. Wiegenau? Schiffer hat, wie wir in diesem Zusammenhange mitteilen können, mit aller Klarheit festgestellt und betont, daß ebensol unmöglich wie ein physischer Druck ein moralischer Druck seitens der Regierung auf die von der Entente Besoldigten ausgeübt werden könne. Das sei, fügte Schiffer bei, nicht nur die Auffassung der demokratischen Fraktion und der demokratischen Kabinettsmitglieder, sondern es sei ganz selbstverständlich, daß auch für die gesamte Regierung ein solcher moralischer Druck gar nicht distanzabel sei. Diese Erklärung ist um so erfreulicher, als über den „moralischen Druck“ bereits allerlei Gerüchte im Umlauf waren, die von den Rechten schon wieder parteipolitisch ausgeschlocht wurden. In dieser Frage gibt es in der Regierungsoffizien keinerlei Meinungsverschiedenheit und es darf eine solche auch nicht im gesamten deutschen Volke geben. Bis in die kleinste Hütte kann die Parole nur lauten: Hände weg! Die Zusammenziehung der Auslieferungsliste ist hierbei ohne jeden Einfluß. Wer von der Entente auch immer eingefordert werden mag, es genügt, daß es ein deutscher Arbeiter ist, um uns bemüht zu werden, daß alle Bittedienste geradezu ein nationales Unglück wären. Wir würden den letzten Rest von Achtung im feindlichen und im neutralen Ausland verlieren, wenn sich ausweichende Entente-Schergen im deutschen Volke finden würden. Holländische Festigkeit wird den Entente vor schimpflicher Auslieferung bewahren, deutsche Würde, deutscher Stolz und deutsche Entschlossenheit werden uns bewahren vor der Auslieferung solcher Wänner, die nichts als ihre vaterländische Pflicht erfüllen. Lernen wir von Holland!

C. II.

### Verchiebung der Wahlen zu den Elternbeiräten.

In der Preussischen Landesversammlung haben die Abgg. Knebel und Degenhardt namens der demokratischen Fraktion den Antrag eingebracht, den Kultusminister zu ersuchen, seinen Erlaß über die Vornahme der Wahlen zu den Elternbeiräten dahin abzuändern, daß die Wahlen erst nach dem Ostertermin stattfinden. Der Antrag verlangt eine Verchiebung des Wahltermins im Schlichterfall, daß zu Eltern wesentlichen Änderungen im Schlichterfall eintröten, und daß in solchen Fällen die Elternbeiräte in ihrer Zusammenfassung erheblichen Veränderungen unterworfen sein würden. Demnach der Verchiebung können nur Eltern von die Schule bei jugendlichen Kindern in den Elternbeirat gewählt werden. Insbesondere würde bei der Vornahme der Wahlen jetzt die mit Eltern eintrötende schulpflichtige Veränderung der Einmütigkeit der Einheitsstufe (erste Stufe) gar keine Berücksichtigung finden. Es würden die Eltern dieser Kinder vorläufig jeder Vertretung im Elternbeirat entbehren müssen. Daraus bedürfen auch die in vielen Elternbeiräten noch bestehenden Unklarheiten über die Funktionen der Elternbeiräte einer Aufklärung. So wird vielfach angenommen, daß die Elternbeiräte irgendeine Einwirkung auf die Schulformen (konfessionelle Bezeichnung usw.) vorzunehmen könnten, während das durchaus nicht der Fall ist. Sie haben lediglich als ihre Aufgabe zu betrachten ein erhöhtes und gerechtes Zusammenwirken von Schule und Haus bei bestimmten Erziehungsfragen.

### Die Nötigung des Leipziger Oberbürgermeisters.

WTB. Leipzig, 23. Januar. Die Nötigung des Oberbürgermeisters Dr. Kötter zur Herausgabe von 400 000 Mark fästlicher Gelder an den Arbeiter- und Soldatenrat während des Generalstreiks im März 1919 beschäftigt heute das Reichsgericht. Das Landgericht Leipzig hat am 12. Juli vorigen Jahres festgestellt, daß der Abgeordnete Friedrich Genes, gegen den noch nicht verhandelt werden konnte, weil er Mitglied der Nationalversammlung ist, die fragliche Summe vom Oberbürgermeister durch Zwang mit Gewalt erpreßt hat. Der Abgeordnete des Stadtverordneten-Kollektivums Hilalbeiter Geis und der Stadtverordnete Kaufmann Krug, gegen welche allein verhandelt wurde, sind wegen gemeinschaftlich begangener Mittägen des Oberbürgermeisters zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die von ihnen eingelegte Revision wurde durch den Verteidiger Rechtsanwalt Gersehl-Berlin und die Angeklagten persönlich in längeren Reden begründet. Das Reichsgericht vertrat am 20. februarigen Beratung die Entscheidung auf den 20. februarigen.

### Schwerer Raubmord.

WTB. Berlin, 23. Januar. In der Chorinerstraße 5 wurde der 54 Jahre alte Schneidermeister und Wirtshändler Reinhold Koch in seiner im Keller gelegenen Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Die Raubmörder, zwei Männer, die geföhren wurden, als sie kurz nach der Ausführung des Verbrechens das Haus verließen, haben nach den bisherigen Zeisschlüssen ungefähr 16 000 M. in Fanzergeld erbeutet. Die Verfolgung wurde noch in der Nacht vorgenommen. Auf ihre Errettung ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt worden.

## Deutsches Reich.

### Die Heimkehr der Gefangenen.

WTB. Berlin, 23. Januar. Die Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der auf 1919

### Der Herausgeber der „Neuen Post“ verhaftet.

WTB. Frankfurt a. M., 23. Januar. Der Herausgeber der kommunistischen „Neuen Post“ wurde verhaftet.

WTB. Frankfurt a. M., 23. Januar. Der Herausgeber der kommunistischen „Neuen Post“ wurde verhaftet.



